

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am Dienstag,
07.10.2025, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Kirchstr. 1, 26215 Wiefelstede

Anwesend:

Vom Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Ausschussvorsitzender

Jörg Weden SPD

Ausschussmitglied

Jörn Eilers CDU

Sonja Niemeier CDU

Kirsten Schnörwangen CDU

Joachim Thiel CDU

Michael Waringer SPD

Kai Wünker SPD

Michael Koch FDP

Enno Kruse UWG

Jens-Gert Müller-Saathoff B 90/Grüne

Cornelia Kuck B 90/Grüne

von der Verwaltung

Jörg Pieper Bürgermeister

Uwe Siemen Fachbereichsleiter Finanzen und Bürgerservice

Arne Bertling Fachbereichsleiter Zentrale Dienste

Bernd Rohloff Bereichsleiter Öffentliche Ordnung und Informationstechnik

Sabine Büschenfeld Fachdienstleiterin/ Protokollführerin

Ole Wardenburg Auszubildender

Gäste

Frank Jacob NWZ

3 x Zuhörer

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Begrüßung

Ausschussvorsitzender Weden eröffnet die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17.00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder

Ausschussvorsitzender Weden stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die anwesenden Mitglieder fest. Lobend erwähnt wird, dass der Ausschuss am heutigen Tage in seiner Originalbesetzung komplett anwesend ist.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Weden stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird wie vorliegend festgelegt.

5. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung

Anträge zur Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung werden nicht gestellt.

6. Genehmigung der Niederschrift vom 26.05.2025

Die Niederschrift des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 26.05.2025 wird einstimmig genehmigt.

7. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

8. Sachstandsbericht Digitalisierung in der Gemeindeverwaltung Vorlage: B/2874/2025

Hier berichtet Bereichsleiter Bernd Rohloff. Es wurde eine neue Stabstelle Digitalisierung in der Verwaltung eingerichtet. Bereichsleiter Rohloff berichtet, welche Projekte umgesetzt wurden bzw. welche Vorhaben sich kurz vor dem Abschluss befänden. Eingeführt wurde in diesem Jahr das digitale Haushaltsplanungsmodul für die digitalen Mittelanmeldungen im Bereich des Ergebnishaushaltes. Es wurden die Außenstellen durch eine VPN-Verbindung eingebunden, so dass gesetzliche Vorgaben zur digitalen Zeiterfassung nun auch für die Bereiche Bauhof, Schwimmbäder, Jugendpflege und Schulen (Sekretariat, Reinigungskräfte und Hausmeister) erfüllt seien. Der Urlaubsworkflow sei nun für alle digitalisiert worden. Die neue Homepage sei zum 01.10.2025 online gegangen. Des Weiteren sei ein neues Verfahren für die Gewerbean- ab- und Ummeldung eingeführt worden. Dadurch gäbe es in Kürze für die Bürger die Möglichkeit, diese Online-Dienste bequem von zu Hause zu nutzen. Die Bezahlung erfolge über den Dienst E-Payment und hier stehe PayPal zur Verfügung. Die Digitalisierung sei eine sehr arbeitsintensive Zeit, in der alle Kollegen mitgenommen und in die Hard- und Software eingearbeitet werden müssten. Beispielsweise hätten alle Kollegen des Bauhofes nun Tablets bekommen, mit denen die Aufträge digital weitergeleitet werden könnten. Es sei zukünftig geplant, die einzelnen Aufträge zeitgenau zu erfassen, damit man den Arbeitsaufwand von z. B. Baumpflegearbeiten genauer bestimmen könne. In Zusammenarbeit mit einer

Tochtergesellschaft der KDO, Public Experts, wurde in einem Workshop ermittelt, welche digitalen Ziele man in der Verwaltung verfolgen möchte und welche umsetzbar seien. Es wurde eine Lenkungsgruppe gebildet, die sich aus dem Bürgermeister und den Fachbereichsleitern zusammensetzte, um weitere Projekte zu entwickeln und umzusetzen. So solle das Dokumentenmanagementsystem vorangetrieben werden. Papierakten sollen nach und nach abgeschafft werden. Die verschiedenen Fachdienste seien digital momentan auf ganz unterschiedlichen Ständen. So arbeite das Bürgerbüro schon sehr digital, wohingegen der Fachbereich III noch mit viel Papierakten unterwegs sei.

Ausschussmitglied Schnörwangen äußerte sich positiv über die neue Homepage und fragte nach, wer sich in der Verwaltung mit der Digitalisierung beschäftige. Bereichsleiter Rohloff erklärte daraufhin, dass im Bereich der EDV 2 Personen arbeiten würden. Allerdings müssen alle Mitarbeiter/innen der Verwaltung mit eingebunden werden und auch aktiv bei der Umsetzung mitarbeiten. Digitalisierung sei ein Gemeinschaftsprojekt.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff fragte nach, ob die KDO auch mit anderen Gemeinden zusammenarbeite. Bereichsleiter Rohloff erörterte, dass die KDO mit vielen Gemeinden, auch im Ammerland zusammenarbeite.

Ausschussmitglied Thiel fragte nach, ob die digitale Auftragsverarbeitung im Bereich des Bauhofes schon so genutzt wird, dass bei der Erfassung von einzelnen Aufträgen z. B. Baumpflege, diese so erfasst werden würden, um dann die genauen Kosten der Arbeiten zu ermitteln. Bereichsleiter Rohloff antwortete, dass dies momentan noch nicht geschehe, da wir uns in der Umstellungsphase befänden, dies aber geplant sei. Ein genaues Zeitfenster könne man aber noch nicht angeben.

Bereichsleiter Rohloff wurde für die umfassenden Ausführungen gedankt.

Vorschlag / Empfehlung

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Digitalisierung in der Gemeindeverwaltung gemäß der Beratungsvorlage B/2874/2025 zur Kenntnis.

9. Kenntnisnahme zu der Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen des Haushaltsjahres 2024 Vorlage: B/2852/2025

Ohne weitere Wortmeldungen ergeht einstimmig folgender Vorschlag:

Vorschlag / Empfehlung

Der Rat der Gemeinde Wiefelstede nimmt die als Anlage zur Beratungsvorlage B/2852/2025 beigefügte Zusammenstellung der angeforderten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen des Haushaltsjahres 2024 zur Kenntnis.

10. Kenntnisnahme zu der Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen des Haushaltsjahres 2025
Vorlage: B/2855/2025

Ohne weitere Wortmeldungen ergeht einstimmig folgender Vorschlag:

Vorschlag / Empfehlung

Der Rat der Gemeinde Wiefelstede nimmt die als Anlage zur Beratungsvorlage B/2855/2025 beigefügte Zusammenstellung der angeforderten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen des Haushaltsjahres 2025 zur Kenntnis.

11. Entwicklung der Hauptsteuererträge und Zuweisungen, sowie der Kreis- und Gewerbesteuerumlage für das Jahr 2025
Vorlage: B/2876/2025

Fachbereichsleiter Uwe Siemen stellt die Entwicklung der Hauptsteuererträge und Zuweisungen sowie der Kreis- und Gewerbesteuerumlage für das Jahr 2025 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Die Präsentation wurde dem Protokoll als PDF-Dokument beigefügt. Es ergäben sich mit Stand 22.09.25 Mehrerträge gegenüber der Planung 2025 in Höhe von 2.648.900 €. Diese Mehrerträge resultieren hauptsächlich aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer in Höhe von 2.700.000 €. Wie sich das Einkommensteueraufkommen auf Grund der geplanten Gesetzesänderungen entwickelt, könne man noch nicht beurteilen. Das Gleiche gilt für das Umsatzsteueraufkommen.

Ausschussmitglied Kruse fragt nach, ob alle Einwände/ Widersprüche der Bürger im Rahmen der Grundsteuerreform in die Erträge der Grundsteuer A und B eingearbeitet seien oder ob sich dadurch noch etwas verschieben könne. Fachbereichsleiter Siemen antwortet, dass diese weitestgehend eingepflegt seien und wir dort keine wesentlichen Änderungen erwarten.

Ohne weitere Wortmeldungen ergeht einstimmig folgender Vorschlag:

Vorschlag / Empfehlung

Der Verwaltungsausschuss nimmt den Bericht aus der Beratungsvorlage B/2876/2025 über die Entwicklung der Hauptsteuererträge und Zuweisungen sowie der Kreis- und Gewerbesteuerumlage für das Jahr 2025 zur Kenntnis.

12. Stellenplan der Gemeinde Wiefelstede für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: B/2880/2025

Fachbereichsleiter Arne Bertling stellt die Veränderungen anhand der Anlage zur Beratungsvorlage vor:

Im Geschäftsbereich I würden 6 Stellenanteile (Haltestellen) für Elternzeit- und Altersteilzeitfälle sowie Verfügungskräfte eingeplant, um notwendige Wiederbesetzungsverfahren flexibler gestalten zu können, ohne den Verwaltungsausschuss in Anspruch nehmen zu müssen. Es resultieren daraus jedoch keine großen weiteren Kosten.

Im Geschäftsbereich II im Bereich der Kitas wird eine Hausmeisterstelle eingerichtet, um momentane Fremdvergaben einsparen zu können. Insgesamt würden somit Kosten eingespart werden können.

Im Fachbereich III wurde eine Stelle der Sachbearbeitung in der Bauleitplanung bereits durch den Verwaltungsausschuss genehmigt. Die Fachbereichsleiterstelle soll auch für Beamte geöffnet werden.

Der Personalrat hat in der Vorwoche dem Veränderungsplan zugestimmt.

Ausschussmitglied Koch fragt an, ob die Berechnung der Mehrkosten im Veränderungsplan auch die Neueingruppierungen enthalte. Fachbereichsleiter Bertling teilte mit, dass die Aufwendungen nicht im Änderungsplan dargestellt sondern bereits in den Personalkosten der Haushaltsplanung eingerechnet seien.

Es wurde noch erörtert, dass die Stelle des Stadtplaners von einer Technikerstelle in eine Verwaltungsstelle umgewandelt werde und daher in der Veränderungsliste aufgeführt werden würde.

Die Ausschussmitglieder Müller-Saathoff und Kuck hinterfragen, ob die Fachbereichsleiterstelle Gemeindeentwicklung tatsächlich eine Beamtenstelle sein solle, da sich durch Pensionsrückstellungen höhere Kosten ergeben würden und man doch eher von einer Beamtenstelle absehen solle. Man könne auch Angestellten mehr Anreize durch höhere Eingruppierungen geben. Fachbereichsleiter Bertling wies auf die angespannte Lage am Arbeitsmarkt hin, die sich auch in den letzten Monaten gezeigt habe. Durch die Öffnung als Beamtenstelle könnten sich mehr Bewerber ergeben, als wenn man die Stelle nur auf Angestelltenbasis ausschreibe. Bürgermeister Jörg Pieper bestätigt, dass es bei der Ausschreibung um mehr Möglichkeiten gehe. Sobald man die Stelle wieder besetzt habe, könne man den Stellenplan entsprechend der vorgenommenen Besetzung wieder anpassen.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff wies noch auf die Personaldecke im Rahmen der Ganztagschule hin z. B. Küche, Reinigungsbereich. Ist die Verwaltung dort gut aufgestellt? Fachbereichsleiter Bertling wies daraufhin, dass Springerkräfte eingeplant seien, diese aber schwer zu finden seien. Die Verwaltung hatte in der Vergangenheit Probleme auf Grund von Krankheitszeiten. Dies sei jedoch schwer beeinflussbar.

Ohne weitere Wortmeldungen ergeht einstimmig folgender Vorschlag:

Vorschlag/ Empfehlung

Den aus der Anlage ersichtlichen Veränderungen zum Stellenplan 2026 wird zugestimmt.

- 13. Haushaltsplanung für das Jahr 2026 einschl. der Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 sowie Fortschreibung des Investitionsprogrammes für die Jahre 2026 bis 2029**
Vorlage: B/2877/2025

Fachbereichsleiter Siemen erläutert vorweg, dass erstmalig die Haushaltsplanung im Ergebnishaushalt digital vorgenommen wurde. Die Mittelanmeldungen wurden den einzelnen Fachdiensten digital zur Verfügung gestellt. Diese haben dort ihre Ansätze eingetragen und an die Kämmerei zur Prüfung zurückgesendet. Die Kämmerei konnte die Mittelanmeldungen prüfen, ggfs. ändern und in die Haushaltsplanung übernehmen. Insgesamt hinterließe das System einen positiven ersten Eindruck, da auch die Übersicht der bereits erledigten bzw. noch ausstehenden Mit-

telanmeldungen wesentlich besser gegeben war. Investiv erfolgten die Anmeldungen weiterhin in Papierform.

Fachbereichsleiter Siemen stellte daraufhin die Haushaltsplanung 2026 anhand einer Power-Point-Präsentation vor, welche diesem Protokoll als PDF-Datei beigelegt wird. Das ordentliche Ergebnis 2026 weise ein Defizit in Höhe von 5.028.600 € aus. In der Planung des Finanzplanjahres 2026 der HH-Planung 2025 habe die Verwaltung mit einem Defizit von 3.102.400 € gerechnet. Es ergebe sich somit in 2026 ein höheres Defizit im ordentlichen Haushalt von 1.926.200 €. Ein Hauptgrund sei die geringere Schlüsselzuweisung vom Land in Höhe von 1.620.500 € bedingt durch eine erhöhte Steuereinnahmekraft im Zeitraum IV/2024 bis III/2025. Die Kreisumlage werde unverändert mit 34% gerechnet. Es wurden weitere Aufwendungen im Bereich Gebäudemanagement, Personal und dem Defizitausgleich der Kitas erörtert. Durch die außerordentlichen Erträge ergebe sich ein Gesamtdefizit in Höhe von 3.708.900 € in 2026.

Für die Jahre 2026-2029 ergibt sich ein Gesamtdefizit im ordentlichen Haushalt in Höhe von 9.986.000 € und im Gesamthaushalt in Höhe von 6.505.400 €.

Wie bereits erwähnt, befindet sich die Erhöhung der Kreisumlage gerade in der Diskussion. Fachbereichsleiter Siemen trug vor, dass jeder Prozentpunkt Erhöhung den Haushalt der Gemeinde Wiefelstede mit 265.000 € belasten würde.

Ausschussmitglied Schnörwangen fragt an, ob bei der Umnutzung des MZG Neuenkrüge Leader Förderungen möglich seien. Bürgermeister Pieper verneint dies mit Vorbehalt, da es nur kleine Modernisierungsmaßnahmen seien und die Leader Förderungen schon ausgereizt seien. Ob beim Prallschutz des MZG Bokel eine Drittförderung Sport vom Landkreis möglich sei, wird noch von Verwaltungsseite geprüft werden.

Als nächster Punkt wird der Gesamtfinanzhaushalt besprochen. Hier weisen die Planjahre 2026 und 2028 jeweils negative Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit aus. Die Jahre 2027 und 2029 werden im positiven Bereich geplant. In Summe kann aber in keinem der Jahre die ordentliche Tilgung erwirtschaftet werden.

Der investive Bereich wird ausführlich besprochen und die größten Maßnahmen dargestellt. Ebenso werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Wohnbau und Gewerbeflächen sowie aus Fördergeldern besprochen. Der Saldo aus Investitionstätigkeiten ist in den Jahren 2026 und 2028 negativ in Höhe von insgesamt 6.026.900 €. Für diesen Saldo können Darlehen zur Finanzierung aufgenommen werden. Die Einplanung eines Darlehensbedarfs erfolgt im 2. Haushaltsentwurf.

Als Fazit kann gesagt werden, dass das planerische und strukturelle Defizit Höchstwerte ausweisen und dass insbesondere die negativen ordentlichen Ergebnisse kritisch gesehen werden. Die vorhandene Überschussrücklage deckt zwar die Defizite. Dies sollte allerdings nur übergangsweise erfolgen. Das Defizit besteht aber nachhaltig. Die Ergebnisse bzgl. der Verhandlungen und Einplanung über die Kreisumlage bleiben abzuwarten. In den Folgejahren drohen Neuverschuldungen.

Die Verwaltung und die Gremien müssen gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um das Defizit zu reduzieren. Die Verwaltung hat hausintern bereits Termine angesetzt, um mit den einzelnen Fachbereichen Sparmaßnahmen zu besprechen. Allerdings sind viele Positionen kaum beeinflussbar. Hier wünscht sich die Verwaltung auch Vorschläge aus den politischen Fraktio-

nen und Fachausschüssen. Die investiven Ausgaben werden ebenfalls geprüft.

Weiterhin sei auch die Optimierung der Ertragsseite zu betrachten. Auch hier seien viele Ertragsarten, wie z.B. die Erträge aus dem Finanzausgleich, nicht beeinflussbar. Abzuwarten bleiben die Daten aus der Steuerschätzung 10/25 sowie der vorläufige Grundbetrag im Finanzausgleich Ende November.

Sofern eine deutliche Reduzierung des Defizites anders nicht möglich sei, sei auch über die Anhebung der Hebesätze zu beraten. Hier stellt Fachbereichsleiter Siemen vor, dass eine 10%ige Steigerung der Hebesätze insgesamt ca. 397.600 € mehr Steuereinnahmen generieren würde. Abschließend wurden noch die momentanen Hebesätze aller Kommunen vorgestellt.

Ausschussvorsitzender Weden bedankt sich für das Zahlenwerk und stellt folgende Fragen:

1. Wie weit ist die Beratung zur Erhöhung der Kreisumlage?

Bürgermeister Pieper berichtet, dass die Gespräche seit Januar liefen. Die Finanzabteilungen der einzelnen Kommunen hätten viele Zahlen geliefert. Dem Landkreis sowie allen Kommunen im Ammerland gehe es wirtschaftlich nicht gut. Es gäbe nirgendwo einen ausgeglichenen Haushalt. Die Kommunen hätten sich auf eine Erhöhung verständigt, die von der in der Presse mitgeteilten Erhöhung deutlich abweiche. Dies wurde der Landrätin mitgeteilt. Am 16.10. gehen die Gespräche weiter. Weitere Aussagen könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht treffen.

2. Hat die Verwaltung schon konkrete Vorstellungen zur Erhöhung der Hebesätze?

Bürgermeister Pieper führt aus, dass man darüber verwaltungsseitig noch nicht weiter beraten habe. Der zweite Entwurf soll abgewartet werden.

3. Wie ist der Stand der Verhandlungen bzgl. des Schulvertrags mit der Gemeinde Rastede?

Bürgermeister Pieper berichtet, dass die Verhandlungen noch liefen. Es gäbe noch keine konkrete Annäherung. Für die Haupt- und Realschüler seien keine Beträge zu zahlen, da man auch in Wiefelstede Haupt- und Realschüler aus Rastede beschule. Es gehe also um den Gymnasialzweig. Der bisherige Vertrag sei aus 2011 mit Kosten pro Schüler von 490 €. Die tatsächlichen Kosten lägen klar darüber. Es gäbe einen Vorschlag aus Wiefelstede, der momentan durch die Gemeinde Rastede geprüft werde. Es werde Mehrkosten geben, die in der Haushaltsplanung noch nicht berücksichtigt worden seien.

Ausschussmitglied Waringer fragte an, was sich hinter der Lizenz „Diktiersoftware Sitzungsdienst“ für 20.000 € verberge. Bereichsleiter Rohloff erläuterte, dass es sich um eine KI-gestützte Software handele, die die Protokolle der Sitzungen mitschreiben könne. Ausschussmitglied Waringer wies auf günstigere Programme hin und werde sich mit Herrn Rohloff austauschen.

Ausschussmitglied Waringer fragt weiter an, ob man die Anschaffungskosten eines Feuerwehrfahrzeugs auf 3-4 Jahre verteilen könne? Bereichsleiter Rohloff erläutert, dass mittlerweile der Bau eines Feuerwehrfahrzeugs ungefähr 2-3 Jahre dauere. Meistens werden die Feuerwehrfahrzeuge entsprechend eingeplant. Dies soll für den 2. Entwurf nochmal geprüft werden.

Ausschussmitglied Schnörwangen fragt an, was bzgl. der Erschließung Edeka Westerholtsfelde geplant sei. Des Weiteren wird gefragt, wann es im Baugebiet Spohle mit der Vermarktung losgehe, da dort die Erschließung eingeplant sei. Bürgermeister Pieper erklärte, dass es sich in beiden Fällen um grösste Schätzungen und Einplanungen handele, damit man im Jahr 2026 handlungsfähig bleiben würde. Es gäbe derzeit noch keine Beratungen über Bebauungspläne

oder Erschließungsmaßnahmen.

Ausschussmitglied Schnörwangen stellt fest, dass ein WC-Container für 45.000 € angeschafft werden soll. Dies sei ein sehr hoher Betrag und es werde um Erläuterung gebeten, zumal man günstigere Lösungen im Internet gefunden habe. Fachbereichsleiter Siemen erläutert, dass es sich um einen mobilen Container handle, der erstmalig bei der Sanierung des MZG Wiefelstede eingesetzt werde und danach bei anderen Bauprojekten. Es wird außerdem betont, dass es sich nicht um die Baustellentoiletten für die Bauarbeiter handle, sondern um die sanitären Anlagen für die Nutzer im laufenden Betrieb, also für die Sportler. Bürgermeister Pieper verwies auf die entsprechenden Ausschüsse und den dort folgenden Erläuterungen.

Ausschussmitglied Koch fragt an, ob man die Neugestaltung des Außengeländes des Schulzentrums auf mehrere kleine Bauabschnitte verteilen könne, die sich auf noch mehr Jahre verteilen würden. Bürgermeister Pieper betont, dass ein wesentlicher Bereich vor dem Grundschulgebäude betroffen sei. Diesen Bereich möchte man gerne zeitnah nach der Fertigstellung der Erweiterung der Grundschule angehen. Die Verteilung insgesamt auf weitere Bauabschnitte werde geprüft.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Koch wird mitgeteilt, dass es sich bei den Einnahmen aus dem Verkauf von Gewerbegrundstücken ausschließlich um Verkäufe von ausgewiesenen Gewerbeflächen, nicht um Mischgebiete handelt.

Ausschussmitglied Koch fragt bzgl. der Baugebiete Ofener Bäche und An den Eichen an, wann mit der Vermarktung begonnen werde? Bürgermeister Pieper erklärt, dass die Ersterschließung Ofener Bäche ausgeschrieben worden sei und die Vermarktung ab Mitte 2026 beginnen und auf 2 Jahre aufgeteilt werde.

Ausschussmitglied Schnörwangen gibt folgende Themen zu bedenken, die im Jahr 2026 aktuell werden könnten:

1. Altes Gebäude der Feuerwehr Metjendorf. Wie ist die Nachnutzung geplant?
2. Container Am Brinkacker
3. Abriss Dringenburger Krug; wo sollen die derzeit dort wohnenden Schutzsuchenden untergebracht werden?
4. Beginn des Baus der Autobahn A 20, und der damit zusammenhängenden Entwicklung der Feuerwehren im Norden Wiefelstedes

Diese Themen seien Ihrer Meinung nach nicht ausreichend in der Haushaltsplanung berücksichtigt worden.

Ausschussmitglied Schnörwangen stellt fest, dass die Überschussrücklage lediglich bis 2020 feststeht, da die folgenden Jahresabschlüsse noch nicht endgültig erstellt wurden. Sie bittet um Mitteilung, ob man die Rücklage mit Stand zum 31.12.2024 entwickeln könne ohne fertige Jahresabschlüsse? Bürgermeister Pieper führt aus, dass es machbar sei, die Rücklage weiterzuentwickeln. Dabei handle es sich aber lediglich um vorläufige und ungefähre Zahlen. Er führt weiter aus, dass die Überschussrücklage nicht mit Liquidität gedeckt sei. Dies sollte man immer bedenken.

Der Jahresabschluss 2021 soll mit der Einladung im November versandt werden.

Ohne weitere Wortmeldungen ergeht einstimmig folgender Vorschlag:

Vorschlag / Empfehlung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede nimmt den Stand der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026 in der als Anlage zur Beratungsvorlage B/2877/2025 beigefügten Fassung zur Kenntnis.

14. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

15. Anfragen und Anregungen

Fachbereichsleiter Siemen berichtet, dass der Bericht Hauptsteuererträge zusätzlich zu den Ausschusssitzungen jeweils zum 31.01. und 31.07. jeden Jahres an den Rat versendet werden solle. Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

16. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ausschussvorsitzender Weden schließt die öffentliche Sitzung um 18.41 Uhr und bedankt sich bei allen Teilnehmern.

gez. Jörg Weden
Ausschussvorsitzender

gez. Uwe Siemen
Fachbereichsleiter

gez. Sabine Büschenfeld
Fachdienstleiterin/
Protokollführung